

## Weg mit der Satzung

Zum Beitrag „Ungeliebt und wenig effizient“ vom 5. Januar:

München macht es vor: Die Landeshauptstadt hat die Straßenausbaubeitragsatzung gestrichen. „Ungerecht“ bezeichnete Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter die Straßenausbaubeiträge und Stadtrat Alexander Reissl (SPD-Fraktionsvorsitzender) nannte sie einen „Rohrkrepierer“, denn von jedem Euro, den die Anlieger zahlen mussten, blieben weniger als 15 Cent für den Straßenbau, den Rest fraßen die Verwaltungskosten auf. Hans Podiuk (CSU-Fraktionschef) befand, dass die Erträge aus der Straßenausbausatzung für die Stadt äußerst gering sind, für die Anlieger aber eine ungeheure Belastung und freut sich, dass diese Ungerechtigkeit für die Münchner zu Ende ist. Vernünftig war es also, diese Satzung wieder aufzuheben.

Was für die Münchner Bürger Unrecht ist, kann für den Rest der bayerischen Bevölkerung nicht gerecht sein. Dass man ein schlaglochfreies kommunales Straßennetz haben kann, ohne seine Bürger mit Beiträgen dafür abzukassieren, zeigt die Stadt Rednitzhembach in Mittelfranken. Auch in der Gemeinde Herrsching, Ortsteil Widdersberg, war das möglich. Statt des ursprünglich für über zwei Millionen Euro veranschlagten Vollausbau wurde die Ortsstraße für nur 150 000 Euro saniert. Das war wesentlich weniger als der beim Vollausbau von der Gemeinde zu zahlende Anteil und die Anlieger mussten nichts bezahlen. Gemeinde und Anlieger haben sich also erhebliche Kosten gespart.

Darum kann die Forderung für ganz Bayern nur heißen: Weg mit der Straßenausbausatzung. *Rosmarie Brosig, Gilching*

### Quelle

<b>Verlag</b>	Süddeutsche Zeitung
<b>Datum</b>	Mittwoch, den 14. Januar 2015
<b>Seite</b>	8